

Was Gscheits



Manfred Schiller:
ein Weidener im Bundestag



Aus dem Inhalt:

Meine **erste Rede** im
Deutschen Bundestag!

Manfred Schiller, AfD

Weitere Themen:

4 **Aktuelle
Nachrichten**

6 **Sitzungswochen-
Bericht**

11 **Übergabe des
Jahresberichtes**

13 **Aus dem
Wahlkreis & Bayern**

Vorwort



Liebe Freunde,

vergangene Woche jagte für mich ein **Highlight** das Nächste: besonders hervorheben möchte ich die **Bundespressekonferenz**, an der ich erstmals teilnahm und mein Statement während der Live-Übertragung vor versammelten Reportern abgeben durfte. Und, wie ihr dem Titel dieser Ausgabe entnehmen könnt: ich hatte **mein Debüt als Redner** im Plenum des **Bundestages**.

Auch sonst dreht sich in dieser Ausgabe von „**Wos Gscheits**“ fast alles um die **Sitzungswoche** - ich thematisiere u.a. die Diskussion rund um die neue **Wehrpflicht** und die Ablehnung ALLER anderen Fraktionen unseres Antrags, das **Verbrenner-Aus zurückzunehmen**.

Aus dem **Wahlkreis** kommen **alarmierende Zahlen von der IHK** - das und mehr lest ihr auf den folgenden Seiten! Viel Spaß & Erkenntnis beim Lesen!

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Mitarbeitern Kontakt aufzunehmen



Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21

92637 Weiden

Tel. 0961 40 17 56 94

manfred.schiller.wk@bundestag.de

— dafür sind wir da!

Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, und freut sich auf euren Besuch.

Die Öffnungszeiten sind wie folgt:

Di.: 8.00 - 17.00 Uhr

Mi.: 8.00 - 12.00 & 13.00 - 17.00 Uhr

Do.: 11.00 - 20.00 Uhr

Jeden Donnerstag findet ab 18.00 Uhr ein Bürgerstammtisch statt.

»Dem deutschen Volke«
— ein Auftrag, den ich
ernst nehme!

DEM DEUTSCHEN VOLKE

Übergabe Jahresbericht des Petitionsausschusses

OKTOBER

16

ab 17:25 Uhr*

Meine erste Rede im Bundestag!

**Letzte Woche war es soweit:
Ich hielt meine erste Rede im Deutschen Bundestag!**

Liebe Freunde,

am vergangenen Donnerstag habe ich meine Rede im Rahmen der Debatte zum Jahresberichtes 2024 des Petitionsausschusses gehalten.

Mit lediglich 4 öffentlichen Sitzungen pro Jahr ist der Petitionsausschuss nicht sehr sichtbar, weshalb die AfD fordert, dass Petitionen ab 100000 Mitzeichnern künftig auch im Plenum in aller Öffentlichkeit debattiert werden.

Dieses Jahr verzeichnete ein Rekordtief bei den eingereichten Petitionen – die Menschen verlieren das Vertrauen, weil der Eindruck entsteht, dass ihre Anliegen ohnehin in der Versenkung verschwinden.

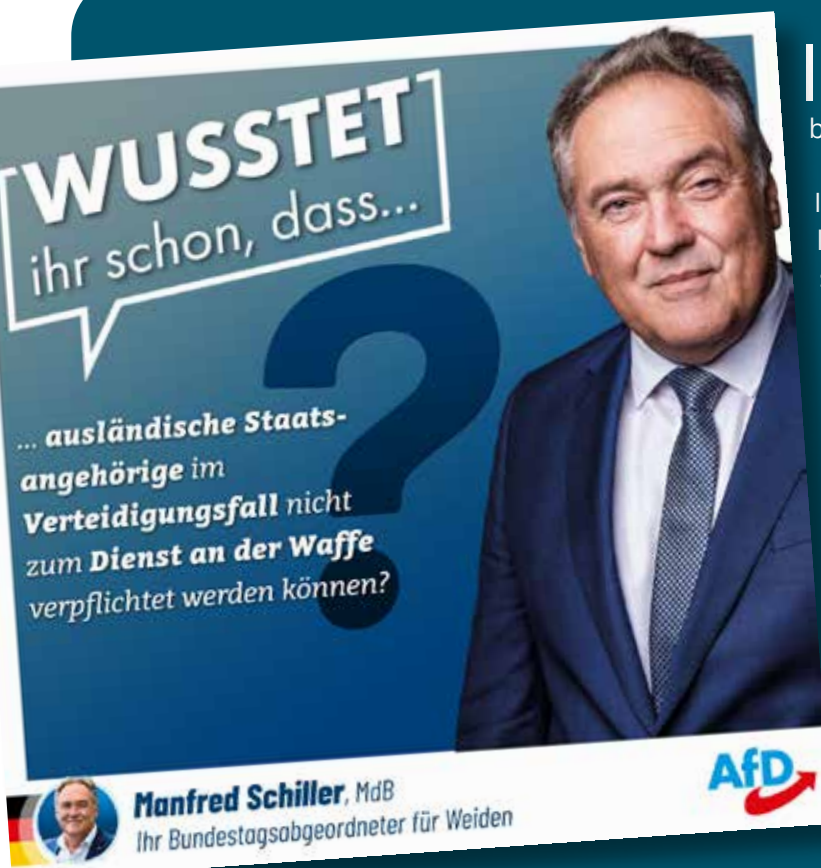
Echte Bürgerbeteiligung muss endlich Realität werden, weshalb die AfD fordert, dass das Petitionswesen mehr hin zu direkter Demokratie führen muss - wir wollen Volksentscheide nach Schweizer Vorbild! Mehr dazu und warum die Arbeit im Petitionsausschuss für mich eine so große Bedeutung hat, erfahrt ihr in meiner Rede, abrufbar unter anderem auf meinem YouTube-Kanal: <https://www.youtube.com/watch?v=9aYfL7Qq3Y4>

Keine Wehrpflicht für fremde Interessen!

- ✓ Wehrpflicht zur Verteidigung des eigenen Landes?
Ja!
- ✗ Wehrpflicht zur Heranziehung junger Deutscher, damit sie als Kanonenfutter für fremde Kriege dienen?
Nein.

Ich kann im Bundestag zum jetzigen Zeitpunkt nicht für die Wehrpflicht stimmen. Nicht, weil die AfD oder ich sie grundsätzlich ablehne - ganz im Gegenteil, steht sie doch sogar in unserem Grundsatzprogramm - sondern, weil sie nicht dafür missbraucht werden darf, um sich in fremde Kriege einzumischen.

Davon abgesehen - wäre es zunächst nicht viel wichtiger, dass endlich unsere eigenen Grenzen geschützt werden?



In den „Untiefen“ der Parlamentsprotokolle finden sich so manche Skandale, die selten die Aufmerksamkeit bekommen, die sie eigentlich verdienen.

Ich grabe euch daher immer mal wieder ein paar Zahlen und Fakten im Rahmen meiner Serie „Wusstet ihr schon, dass...?“ aus. Ihr könnt euch dann selbst eure Meinung dazu bilden.

Heute folgt Teil 20:

Wusstet ihr schon, dass bei Ausrufung des Verteidigungsfalls (GG Art. 115a bis 115l - eigentlich Kriegrecht, um es mal neutral auszudrücken -), ausländische Staatsangehörige nicht zum Dienst an der Waffe verpflichtet werden können?

Ich frage mich daher:

Wie können wir uns das im Extremfall vorstellen? Die deutschen Männer sterben an der Front und die ausländischen Bürgergeldbezieher trinken Kaffee und kümmern sich um die alleingelassenen Frauen zuhause? So zu denken, ist zu polarisierend?

Warum denn, das ist ein denkbares Szenario bei bestehender Gesetzeslage!

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Deindustrialisierung stoppen - Verbrenner-Verbot aufheben!

Die **AfD-Fraktion** brachte letzte Woche im Bundestag einen **Antrag** ein, das **Verbot des Verbrennermotors ab 2035 zurückzunehmen**, doch die Rücknahme des Verbrenner-Aus wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt - **auch von der Union!**

Damit hätte Merz jetzt so ziemlich alle Wahlkampfversprechen gebrochen, oder?

In unserem Antrag verlangten wir, das Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 rückgängig zu machen, „statt zu den Flottengrenzwerten zu stehen und EU-weit ab 2035 nur noch Nullemissions-Fahrzeuge zuzulassen“. Ursächlich für die sinkende Produktion und fortschreitenden Arbeitsplatzverluste in der Autobranche sind aus unserer Sicht unter anderem **ausbleibende Investitionen in Spitzentechnologien**, aufgrund **radikaler und struktureller Eingriffe des Staates**, insbesondere der EU, **in den Automarkt** - unseren Antrag könnt ihr unter folgendem Link nachlesen:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/002/2100225.pdf>

Da wir eine namentliche Abstimmung beantragt hatten, kann nun immerhin jeder schwarz auf weiß **nachlesen, welcher Abgeordnete für die Ablehnung unseres Antrags zum Verbrenner-Aus abgestimmt hat:**

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=964>



Ein Oberpfälzer in Berlin



Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Sitzungswochen-Protokoll KW 41

Vorweg mal ein paar Überschriften aus der Presse, die mir aufgefallen sind:

ZDF-heute meint: Seit ein paar Tagen liegt den Verantwortlichen der Christdemokraten schriftlich vor, dass die jetzigen AfD-Wähler kaum zurückzuholen sein werden. Marktforscher haben für die Partei ermittelt, dass diese Wähler für die Parteien der Mitte verloren sind.

Meldung der Woche: AfD in Sachsen-Anhalt erreicht 40 Prozent!

Der Tagesspiegel schreibt: 5,3 Millionen Menschen in Deutschland haben im vergangenen Jahr nach eigener Einschätzung nicht genug Geld gehabt, um ihre Wohnung angemessen zu heizen.

Ich sage: Erst nehmen sie dir das Geld weg, dann nehmen sie dir deine Kinder!

Am Wochenende stimmten mit knapper Mehrheit die **Hamburger** dafür, dass der größte Industriestandort Hamburg **ab 2040 kein CO2 mehr emittiert**. Und das hat Gesetzeskraft.

Das heißt **keine dieselbetriebenen Containerschiffe** mehr, **keine Kupferproduktion**, **keine Raffinerien** mehr, „Airbus-Industries“, Wohnungsbaugesellschaften, Werften **am Abgrund**, **keine Öl- und Gasheizungen**, nur Tempo 30 – oder gar keine Verbrenner mehr. Billigware aus China? Die wird wahrscheinlich so teuer, dass es nicht mehr lohnt.

Aber wie wir mittlerweile wissen: **der Großteil derer, die den grünen Wandel wollen, ist auch bereit für Kriegstüchtigkeit.**

Der **Montag** startete für mich mit einer **öffentlichen Sitzung des Ausschuss Petitionen**.

Bei den anderen Ausschüssen nennt sich das „Anhörung“. Die Petenten mit **30.000 Unterschriften** und mehr dür-



fen ihre Petition zusammen mit einer Begleitperson (in manchen Fällen ist das ein Rechtsanwalt) im **Bundestag**

vortragen und werden von den Berichterstattern (die MdB, die das Thema bearbeiten) jeder Fraktion in zwei Fragerunden befragt. Mit anwesend und den Fragen zur Verfügung steht auch der jeweilige parl. **Staatssekretär** aus dem **Ministerium**.

Am Montag ging es um „*Netzdienliche Zwischenspeicherung erneuerbarer Energien durch Kleinspeicher*“. Die Petition fordert, **bürokratische Hürden für Kleinspeicher abzubauen**, Anreize für Netzdienlichkeit zu fördern. Dreh- und

Angelpunkt ist hierbei die Installation von **Smart Metern** (intelligente Stromzähler), die allerdings erst in 3 Prozent aller Haushalte installiert sind. Diese könnten in Verbindung mit einem Gateway die **Einspeisung von Strom von Privathaushalten drosseln oder erhöhen**. Primär sind sie aktuell dafür da, **Abnahmepreise variabel zu handhaben**, die sie nach

Abnahmeverhalten, aber auch nach Angebot und Nachfrage steuern können (*ich halte das für brandgefährlich im Hinblick auf ein reglementiertes „Stromregime“*). Der Petent, Dr. Schmitz, möchte mithilfe dieser digitalen intelligenten Gadgets (die es nach seinen Worten auch in einer günstigen Version gibt) die insgesamt ca. **18,5 Gigawattstunden Kleinspeicher in privaten Haushalten in die Stromversorgung mit einbeziehen**. Aber, wie der Petent selbst nach meiner Fragestellung **zugeben** muss: **Kleinspeicher eignen sich nicht, das Stromnetz stabil zu halten und bestimmte Frequenzen aufrechtzuerhalten**.

Abgesehen davon, dass es **beeindruckt**, wie **deutsche Ingenieurkunst** immer noch in **unserem Land** zu finden ist, geht der ganze Zweck tatsächlich ins Leere. **Der Einsatz von einem einzigen Kernkraftwerk würde täglich eine gesicherte Strommenge von 30 GWh umweltfreundlich liefern**, das ist fast das **Doppelte** von dem, was nunmehr **zwei Millionen Kleinspeicher** bereitstellen können, welche der Petent mit hohem technischen und finanziellen Aufwand aus den Haushalten abzapfen will.

So erklärte ich in der Anhörung. Bitte seht hier einen Zusammenschnitt der Anhörung:



Während der öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses - neben mir meine Kollegin aus der AfD-Fraktion, Frau Hess

<https://www.youtube.com/watch?v=eLjSUFfowEY>

Zum Abend hin folgten wie üblich das **Vorgespräch des AK Petitionen** und dann die Sitzung „**Arbeitskreis Petitionen**“ der **AfD** mit allen MdB-Kollegen zur Vorbesprechung der laufenden Woche und des Ausschusses.

Der **Dienstag** war wieder gefüllt mit **Sitzungen**, die ich hier im Schnelldurchlauf aufführe, da die Höhepunkte der Woche dieses Mal schon genug Raum einnehmen:

zuerst die **AK-Sitzung Wirtschaft und Energie**, dann die **AK-Leiterrunde**, schließlich die **Fraktionssitzung** und am Abend die **Obleuterunde des Ausschusses Petitionen**.

Hier kurze Schlaglichter aus der **Regierungsbefragung**. Die **Ministerin für Justiz Dr. Stefanie Hubig** wurde vom

Abg. **Fetsch, AfD** zur Förderung der **Amadeu-Antonio-Stiftung** befragt, deren Mitarbeite-

rin zusammen mit der Partei **Die Linke** öffentlich dazu aufgerufen hatte, das konservative Online-Portal **Apollo-News** aus dem Bezirk Treptow-Köpenick zu **vertreiben**. Parallel geht durch die Presse, dass die Linke mit einer Broschüre „*Rechten Medien auf die Tasten treten*“ nachlegt und damit allgemein verständlich **zu Gewalt aufruft**. Hubig bügelte ganz schnell ab, anstatt Farbe zu bekennen, den Zusammenhang von **SED-Nachfolger DIE LINKE, Antifa, und NGO-Finanzierung ganz klar eine Absage zu erteilen**. Wie es scheint, leben wir in Parallelwelten, denn wenn solche Aktionen von rechts kämen, wären die Razzien morgens um 6 Uhr schon lange durch.

Später rüstete die **Union** mit der **Aktuellen Stunde** wieder einmal verbal **gegen Russland** auf. Thema: *Bedrohungslage in Deutschland*. Zuvor hatten in einer öffentlichen Anhörung der **drei deutschen Geheimdienste** vor dem **Parlamentarischen Kontrollgremium** (kontrolliert die Dienste), zu dem der **aktive Zutritt für die AfD** seit Jahr und Tag **verweigert** wird, „*deutlich vor Russland gewarnt*“. Es gäbe eine neue Qualität der **Konfrontation**, die Bedrohung sei noch nicht bei der deutschen Bevöl-



Letzte Woche konnte ich in unserem Büro einen jungen Praktikanten begrüßen, der durch mein Mentoring Teilnehmer des Programms „Jugend und Parlament“ wurde.

In einem viertägigen Seminar, organisiert durch den Bundestag, lernte er den Politikbetrieb anhand eines simulierten Gesetzgebungsverfahrens durch alle Gremien kennen. Ich begrüße es, wenn junge Menschen sich für Politik begeistern und wünsche ihm alles Gute für die Zukunft!

kerung angekommen. Ich sage da nur: Eine **Panik** vor einem **imaginären Feind ohne Beweise** hatten wir erst in den Jahren 2020-2022. Man sage mir einen triftigen Grund, **warum Russland die NATO angreifen sollte**.

Danach forderte die **AfD** in **erster Lesung** mit **Antrag Dr.-Nr. 20/2209** die Bundesregierung auf, die **deutschen Zahlungen an internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen offenzulegen**. Der Ausschuss „Auswärtiges“ ist federführend. Allein **12 Milliarden** fließen **jährlich** in **Klimaschutzmaßnahmen** in aller Welt und volle **30 Mrd. €** fließen in **unsinnige Entwicklungshilfeprojekte**, während unser System erodiert.

Der **Mittwoch** begann mit unserer Sitzung „**Petitionsausschuss**“. Für eine sehr reibungslose **Sitzungsleitung**

von **Frau Dr. Düber**, in der sie z.B. unnötige Pausen vermeidet, **zolle ich ihr wirklich Respekt**. Die Arbeit macht Freude und in gewisser Weise habe ich das Gefühl, dass eine **Brandmauer** hier **keine Rolle spielt**, das lässt hoffen.

Um 11 Uhr folgte für mich und mein Team der offizielle Termin bei **Bundestagspräsidentin Julia Klöckner** im Präsidialbüro im Reichstag. Die **Ausschussvorsitzende** Dr. Dübner sowie **alle Berichterstatter der Fraktionen mit wichtigen Mitarbeitern** wurden empfangen zur **feierlichen Übergabe des Petitionsberichtes 2024** an die Präsidentin. Wir hatten einen halbstündigen lockeren Austausch mit der Präsidentin bei Kaffee und Wasser, incl. Fototermin.

Gleich darauf fand der Termin in der **Bundespressekonferenz** zur Vorstellung vor der Presse statt.

Die **Obleute** von **Union, SPD, AfD, Grüne** und **Linke** gaben ihren Kommentar zum Inhalt der geleisteten Arbeit und den Wünschen der Petenten im Jahr 2024 ab. Sicherlich kann der **Petitionsausschuss** einiges **bewegen**, so ist ein herausragendes Beispiel aus dem letzten Jahr eine **Verbesserung des Mutterschutzes bei Fehlgeburten ab der 13. Schwangerschaftswoche**.

Trotzdem sehen wir von der **AfD** noch einen **weiten Weg** hin zu **effektiver Bürgerbeteiligung**. Unsere Forderung ist sowohl die **Schaffung eines eigenen Petitionsgesetzes**, welches fix und fertig auf die **Vorlage im Plenum** wartet, aber auch **direkte Debatten im Plenum** bei Petitionen ab **100.000 Mitzeichnern**.

Für mich war das **Statement** in der Bundespressekonferenz **incl. Live-Übertragung** auf Phoenix ein absolutes



Mein Statement der Bundespressekonferenz findet ihr in voller Länge auf meinem YouTube-Kanal:
<https://www.youtube.com/watch?v=ihpgUAK4C4&t=4s>

Novum und Highlight.

Der Zufall wollte es, dass nach den Kommentaren aller Obleute zum Bericht ein **Journalist** die **Abgeordneten** direkt **fragte**, wie sie zu **Volksabstimmungen auf Bundesebene** stehen würden. Während der Kollege von der **CDU** das gleich **vom Tisch wischte**, die Kollegin von der **SPD** **auswich** und meinte, der Ausschuss habe damit nichts zu tun, konnte ich natürlich vor breitem Publikum an den Bildschirmen bestätigen: **Meine Partei steht zu Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild. „Das ist die DNA der Partei.“**

Hier nochmal schriftlich nachzulesen in der Oldenburger Zeitung:

<https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/keine-einheitliche-linie-zu-volksabstimmungen-im-petitions-ausschuss-178092.html>

Und auch am **Donnerstag** bekräftigte ich diesen Standpunkt in meiner **Rede** im Plenum, aber dazu später.

Parallel zu meinem vollen Programm fand im Plenum am **Mittwochmorgen** die **Regierungserklärung** zum **Europäischen Rat** statt. Der **Kanzler** konnte nur mit leeren, abgedroschenen **Phrasen und Floskeln** über „die große Politik“ hinwegtäuschen, dass vor seiner Haustüre das Wasser schon bis zum ersten Stock hoch steht.

Alice Weidel nannte die Fakten der verwahrlosten Politik beim Namen: <https://dbtg.tv/cvid/7637490>

Beim **Antrag der AfD zum Verbot der Antifa** nach dem Vorbild der USA (Dr.-Nr. 21/2221) kam es zum **Eklat**. **Martin Hess** konstatierte z.B., dass die **Linksterroristen** es konkret auf die **kritische Infrastruktur** abgesehen haben, der Vorfall in **Berlin Köpenick**, bei dem **40.000 Haushalte** über zwei Tage **ohne Strom** auskommen mussten, untermauert die **terroristischen Absichten**. Die Täter verwenden dabei das **Wording der RAF**. Die **Militanz der Straße** brachten dann die nachfolgenden **Redner ins Plenum**, wie der Linken-Politiker **Ferat Koçak** und die SPD-Politikerin **Rasha Nasr** mit den Parolen „Auf die Barrikaden“ oder „Alerta, Alerta, Antifaschista“.

Zitat **Koçak**: Antifaschismus ist der Grundpfeiler unserer Demokratie. Schlimm, wir müssen uns anscheinend mit der Tatsache vertraut machen, dass wir schleichend an die **Entwürdigung des Hohen Hauses** gewöhnt werden.

Unsere Kandidaten zu den Gremien: **Dr. Malte Kaufmann** als Vertreter des **Bundestagspräsidenten** und die beiden Kollegen **Martin Hess** und der Oberst der Reserve **Gerold Otten** als Mitglieder des **Parl. Kontrollgremiums**, wurden in geheimer Wahl **abgelehnt**.



Worum geht es beim **Gesetzesentwurf** zum neuen **Wehrdienst**? Männlein und Weiblein im wehrpflichtigen Alter bekommen in Kürze einen **Fragebogen**, der nur von den Männern ausgefüllt werden muss. Eine anschließende **Musterung** soll freiwillig erfolgen. Wenn nicht genug Freiwillige für die Verteidigung (natürlich nur gegen Russland) bereit sind, wird die **Freiwilligkeit schnell vorbei sein**. Die Idee von **Boris Pistorius** ist, bei mangelnder Freiwilligkeit **per Losverfahren** die Unglücklichen **verpflichtend zu mustern** und dann ggf. **in den Krieg zu schicken**. „Das ist der Gipfel der Ungerechtigkeit“, so **Rüdiger Lucassen**. Hier nochmal kurz zur Erinnerung: das leider immer noch existierende **Selbstbestimmungs-gesetz** wird bei Ausrufung des **Kriegsrechts** **ausgesetzt**, und zwar rückwirkend für drei Monate. Bei all dem aktuellen Kriegsgetrommel sollte **Martin** ggf. jetzt schon vorbereiten und sich als „**Martina**“ im Ausweis eintragen lassen?

Schließlich folgte die oben angekündigte **Debatte zur Veröffentlichung des Tätigkeitsberichts des Petitionsausschusses 2024**, in welcher ich, entgegen den Sonntagsreden der anderen Fraktionen, das Kind beim Namen nannte.

Politikverdrossenheit kommt nicht von ungefähr, es ist unsere Aufgabe, das **Petitionswesen hin zu direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild weiterzuentwickeln**.

Bitte seht meine Rede hier: <https://dbtg.tv/cvid/7637738>.

Auch zu den beiden anberaumten **namentlichen Ab-**

stimmungen zu **Bundeswehreinmärschen im Südsudan** und im **Roten Meer** war meine **Anwesenheit verpflichtend**.

Am Donnerstag-Abend folgte die **3. Lesung des AfD-Antrags „Verbrennerverbot aufheben“** (Dr.-Nr. 21/476). Wir hatten **namentliche Abstimmung** beantragt. **Kanzler Merz** hatte in der Vergangenheit **angekündigt**, das **Verbrenner-Verbot aufzuheben**, auch **Manfred Weber, CSU** und **EVP-Vorsitzender** im **EU-Parlament**, hatte das schon verlauten lassen. **Man sollte die CDU/CSU umbenennen in „Partei der Ankündigung“**.

Die namentliche Abstimmung kippte unseren Antrag. *Zumindest kann jeder Bürger schwarz auf weiß nachsehen, wer ihn ernst nimmt und wer ihn einfach nur hinter die Fichte führt.*

In **dritter Lesung** wurde später die **Änderung der Bundestags-Geschäftsordnung** beschlossen gegen die Stimmen von AfD und Linke. In einer ebenfalls beschlossenen **Änderung des Abgeordnetengesetzes** (Antrag 21/1539) **gegen die Stimmen der AfD** wurden **drakonische Strafen beschlossen**, z.B. wurden **Ordnungsgelder** auf bis zu **4.000 € erhöht**.

Stephan Brandner in seiner Rede: es ist ein **Frontalangriff auf die Opposition**, auf das **freie Mandat**! Das Präsidium ist **nicht** korrekt besetzt, solange wir nicht vertreten sind!

Freitag: und täglich grüßt das Murmeltier. **Der Antrag**



der **AfD, Agradieselrückerstattung** auch rückwirkend ab Streichung im Jahr 2024 zu erstatten, wurde nun zum x-ten Mal von der **Tagesordnung des Plenums gestrichen**. Mit diesen **Manövern** wird verhindert, dass eine **namentliche Abstimmung** durch unsere Fraktion durchgesetzt werden kann, **die wir selbstverständlich fordern**. Ab der 8. Einbringung eines Antrags zur Endabstimmung gibt es generell **keine Möglichkeit mehr** der namentlichen Abstimmung und damit der **Notwendigkeit für die Abgeordneten** (eigentlich Staatsbedienstete), Farbe zu bekennen.

Für den letzten Sitzungstag der Woche habe ich außerdem noch zwei erwähnenswerte Tagesordnungspunkte:

Die Linke präsentierte einen Antrag, die wöchentliche **Höchst Arbeitszeit** von derzeit **48 auf 40 Stunden** zu senken und festzuschreiben. Dies vor dem Hintergrund, dass wir in Kürze eine **Sozialreform der Regierung** im Bundestag debattieren werden.

Der **Antrag** (Dr.-Nr. 21/2206) **scheiterte** in der 3. Lesung. Mit Dr.-Nr. 21/2240 fordert die **AfD** das „**Nein zur Chatkontrolle**“ in erster Lesung, da dieser Plan im Rat der **Europäischen Union**, entgegen dem Nein der Justizministerin Hubig, welches durch die Presse ging, doch **noch nicht vom Tisch ist**. Der **TOP** in der Sitzung des EU-Rats am 14. Oktober wurde nämlich nur **auf Dezember verschoben**. Federführend ist der **Innenausschuss**.

Und zum Schluss ein sehr gutes Zitat des Kollegen **Otto Strauß, AfD**, im Plenum:

„Ich höre hier ständig: Wir Demokraten, wir Demokraten, wir Demokraten. – Es gibt so eine Lebensweisheit: Wer keine Frau hat, der redet gerne über Frauen. Wer kein Geld hat, der redet auch gerne über Geld. – Und deswegen reden Sie auch ständig über Demokratie.“



Petitionsausschuss:

Übergabe des Jahresberichtes

an die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner



Auf dieser und der folgenden Seite seht ihr ein paar **Impressionen** der **Übergabe des Jahresberichtes des Petitionsausschusses** an **Bundestagspräsidentin Julia Klöckner** (CDU) und von der daran anschließenden **Bundespressekonferenz**.

Mein besonderer **Dank** geht an dieser Stelle an **mein Team und alle Mitarbeiter**, die eine erfolgreiche Ausschussarbeit erst möglich machen!





Jahresbericht des Petitionsausschusses:

Bundespressekonferenz

Die **OOZ** schreibt über unsere **Bundespressekonferenz**: „der Obmann der AfD, Manfred Schiller, sagte auf dts-Anfrage, dass seine Partei zu Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild stehe. Das sei die DNA der Partei. [...]“ und zitiert damit einen der **wichtigsten Sätze meines Statements**.

Wir setzen uns dafür ein, dass **Petitionen** künftig nicht nur in der verschwindend geringen Zahl an 4 öffentlichen Sitzungen pro Jahr, sondern **auch im Plenum diskutiert werden**, sofern sie 100.000 Mitzeichner erreichen. Wir müssen den **Bürgern** die **Möglichkeit** geben, direkter im **politischen Willensbildungsprozess mitwirken** zu können. Die Stimme der Wähler darf nicht alle vier Jahre an der Wahlurne begraben werden, nur um danach zu erleben, wie man von den Altparteien im Wahlkampf belogen wurde.

Daher fordern wir Volksentscheide und wollen das **Petitionswesen mehr in Richtung direkte Demokratie entwickeln**.

Mein ganzes Statement der Bundespressekonferenz seht ihr hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=ihpglUak4C4&t=7s>



Die IHK Regensburg schlägt Alarm!

Die IHK Regensburg schlägt Alarm – und das zu Recht: Die **Wirtschaft** in unserer Region, in der **Oberpfalz**, steckt fest. **Von Aufschwung keine Spur**. Die Industrie, einst Rückgrat der Oberpfalz, kämpft weiter mit **Auftragsflauten & Standortnachteilen**. Der Mittelstand ächzt unter **Steuern, Abgaben & Bürokratie**. Nur die **Tourismusbranche** zeigt leichte Besserung – doch auch dort bleibt die **Unsicherheit groß**. Industrie und Mittelstand leiden unter **hohen Energiepreisen**, massiver Bürokratie & einer Politik, die lieber auf **Ideologie statt Vernunft** setzt. Während selbst die IHK Planungssicherheit & Entlastungen fordert, bleibt die **Regierung tatenlos**. Statt den Standort zu stärken, werden Unternehmen mit immer neuen Vorschriften & Belastungen überzogen.

Die **AfD** sagt klar: **Die Sorgen der Wirtschaft sind berechtigt**. Deutschland braucht endlich eine Politik, die wieder anpackt – mit niedrigeren Kosten, weniger Bürokratie und Respekt vor der Leistung derer, die dieses Land am Laufen halten.



Stammtisch

Jeden **Donnerstag** (außer feiertags) findet unser Stammtisch in **Weiden** statt. Unsere Abgeordneten berichten aus dem Landtag oder Bundestag, im Anschluss gibt es spannende **Diskussionen**.

Der Stammtisch ist völlig unverbindlich und für jeden offen, ihr müsst kein Parteimitglied sein! Kommt vorbei, wir freuen uns auf euren Besuch!

Wir sehen uns!



Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »Zwei Bayern in Berlin«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB



Mehr Neuigkeiten gibt es auf meinen Kanälen!



www.manfred-schiller.de



manfred.schiller@bundestag.de



[@manfred.schiller.afd](https://www.facebook.com/manfred.schiller.afd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.instagram.com/manfred.schiller.afd)



[@manfredafd](https://twitter.com/manfredafd)



[@manfredschillerafd](https://www.telegram.me/manfredschillerafd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.tiktok.com/@manfred.schiller.afd)



[@manfredschillermdb](https://www.youtube.com/@manfredschillermdb)